Faschistischer Parlamentarismus

Rom, 20. November.

Die Donnerstagsitzung der italienischen Kammer begann mit dem erwarteten Zusammenstoß zwischen den Faschisten und ihren Gegnern. Von diesen waren nur die Kommunisten erschienen, in deren Namen Maffi eine Erklärung abzugeben versuchte. Als er begann: „Die gestrige Kammerdemonstration entspricht nicht den Gefühlen der Mehrheit des Landes ...", sprang Farinacci sofort auf, stürzte zu Maffi hin und schrie: „Wer den Duce beschimpft, verdient nur dies", wobei er seine Faust auf Maffi niedersausen ließ. Maffi versuchte sich zu wehren. Aber schon waren zwanzig Faschisten über das kleine Häuflein Kommunisten hergefallen und behandelten sie

mit Faustschlägen und Fausttößen.

Der Kommunist Repossi wurde die Treppe hinuntergeworfen. Darauf wurden Maffi und Repossi am Genick gepackt und unter andauerndem Prügeln aus dem Saal gestoßen. Aehnlich erging es den anderen Kommunisten. Der Tumult hörte erst auf, als Mussolini den Saal betrat. Der Kammerpräsident, der bis dahin nicht eingegriffen hatte, warnte nunmehr die Opposition, in Zukunft die Gefühle der Mehrheit des Hauses zu verletzen. Inzwischen wollte der verspätet ankommende Kommunist Picelli die Gegend des Parlaments betreten. Er wurde erkannt und auf offenem Platze mit Knüppeln niedergeschlagen, so daß er ins Spital gebracht werden mußte. Die Popolari haben infolge der Drohung der faschistischen Presse darauf verzichtet, ins Parlament zurückzukehren. Die heutigen Vorfälle zeigen, wie recht sie hatten. Uebrigens wurde auch ein Journalist, der auf der Pressetribüne gegen die rohe Behandlung der Kommunisten protestierte, von faschistischen Kollegen hinausgeprügelt.

Uebrigens ist jetzt für die Kammer auch eine Grußvorschrift eingeführt worden. Die Abgeordneten haben den Kammerpräsidenten und die Minister durch militärisches Strammstehen zu begrüßen. Allen Beamten der Kammer wird fortan der römische Gruß vorgeschrieben.

Drohungen gegen die italienische Opposition

Das Pressebüro der faschistischen Partei veröffentlicht ein Rundschreiben, das u. a. besagt, das Fortbleiben der Vertreter der Sozialdemokraten und der Popolari von der gestrigen Parlamentssitzung könne nur zwei Auslegungen erfahren: Entweder diese Parteien beabsichtigen, die Sezession fortzusetzen, was gleichgültig wäre, oder aber sie hätten sich, indem sie gerade an den Kundgebungen der ersten Sitzung nicht teilnahmen, mit Zaniboni solidarisch erklären wollen. Sollten daher diese Abgeordneten in der zweiten Sitzung oder in einer der nachfolgenden im Parlament erscheinen, so überläßt die faschistische Partei es ihren Abgeordneten, wie sie sich dazu verhalten wollen.

Dieses Rundschreiben mutet um so seltsamer an, als die Popolari ebenso wie die Sozialdemokraten von der Eröffnungssitzung fortblieben, weil vorher in der faschistischen Presse ihr eventuelles Erscheinen in der ersten Sitzung als Provokation bezeichnet worden war. Der Sinn des faschistischen Rundschreibens für den Fall der Rückkehr der Sozialdemokraten und der Popolari ist so vollständig klar, daß man darauf gespannt sein darf, ob die Abgeordneten jener zur Rückkehr ins Parlament entschlossenen Parteien das Abenteuer doch noch wagen werden.

Der furchtsame Mussolini

Es ist immer noch nicht sicher, ob Mussolini zur Unterzeichnung des Paktes von Locarno nach London kommen wird, da der italienische Diktator an die englische Regierung fast unannehmbare Bedingungen zur Sicherung seiner Person gestellt hat. Als Mussolini die Absicht äußerte, nach London zu kommen, fragte die hiesige italienische Botschaft bei der englischen Regierung an, wie die italienische Delegation untergebracht werden würde. Von englischer Seite wurde ein halbes Stockwerk in einem ersten Hotel angeboten. Daraufhin telegraphierte Mussolini, er verlange im zweiten Stock eines Hotels zu wohnen. Dieses zweite Stockwerk müsse vollständig für ihn und seine Umgebung freigemacht werden. Ferner müsse das Stockwerk über ihm und das Stockwerk unter ihm während seines Aufenthalts vollständig unbewohnt und hermetisch verschlossen sein. Diese Forderung mußte im Interesse des knappen Hotelraums und des starken Londoner Fremdenverkehrs mit Bedauern abgelehnt werden. Daraufhin erklärte der Diktator, er werde in der italienischen Botschaft Wohnung nehmen, wenn italienische Kriminalbeamte sich davon überzeugt hätten, daß sein Leben dort vor jeder Gefahr gesichert werden könne. Gleichzeitig erschien eine große Schar italienischer Kriminalbeamter bei der Londoner Kriminalpolizei, mit der sie gemeinsam das italienische Viertel in London untersuchte und Vergangenheit und linksradikale Gesinnung der Bewohner auf das sorgfältigste geprüft hat. Von dem Inhalt des Berichts der italienischen Kriminalbeamten will Mussolini seine endgültige Entscheidung abhängig machen.

Das neue italienische Arbeitsrecht

Rom, 20. November.

Die Blätter berichten über den Gesetzentwurf zur juristischen Regelung des kollektiven Arbeitsverhältnisses. Für die juristische Anerkennung der Gewerkschaften und Verbände wird die Voraussetzung vorgeschrieben, daß sie außer der Interessenvertretung auch die Unterstützung der Schulen und Erziehungsfunktionen übernehmen. Die Strafen für Streiks und Aussperrungen sind wie folgt festgelegt worden: Streik und Aussperrung sind verboten, sofern ein Schiedsgericht ein Urteil gefällt hat. Wenn die Arbeitgeber demgegenüber die Arbeit einstellen, stehen darauf Strafen von drei Monaten bis zu einem Jahre und Geldstrafen von 10 000 bis 100 000 Lire, wenn die Arbeitnehmer gegen ein solches Urteil durch Arbeitseinstellung auftreten, eine Strafe von einem bis drei Monaten, für die Rädelsführer nicht unter einem Jahre und Geldstrafen von 2—5000 Lire. Für Arbeitgeber und Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe sind ähnliche Strafen vorgesehen. Wenn aus einem Streik aber eine Bedrohung der persönlichen Sicherheit erwächst, dürfen die Strafen nicht unter einem Jahre betragen, wenn dadurch der Tod einer oder mehrerer Personen entstanden ist, nicht unter drei Jahren.

Das deutsch-spanische Handelsprovisorium

Das am Mittwoch unterzeichnete deutsch-spanische Handelsprovisorium tritt sofort in Kraft. Die von der spanischen Regierung verfügten Kampfmaßnahmen werden unverzüglich aufgehoben.

Neuer Partisanenprozeß

Am Donnerstag begann vor dem 1. Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik ein Hochverratsprozeß gegen ostpreußische Kommunisten. Wegen Beihilfe zum Hochverrat, Verheimlichung mehrerer Waffenlager und unbefugten Waffenbesitzes haben sich der kommunistische Parteisekretär Gustav Lengnink aus Königsberg sowie der Techniker Gustav Braunns und der Landwirt Herbert Mai, beide aus Tilsit, zu verantworten. Nach der Anklage haben die Beschuldigten in den Jahren 1923 und 1924 in Königsberg und an anderen Orten Ostpreußens Partisanen- und Terrorgruppen gebildet und diese mit Waffen ausgerüstet. Der Angeklagte Lengnink war von dem bekannten Russen Selenin, alias Willi, der die Parteiorganisation in Deutschland aufziehen sollte, zum Partisanenleiter für Ostpreußen bestimmt worden. Den beiden anderen Angeklagten wird zur Last gelegt, daß sie in ihrem Bezirk Waffen- und Zersetzungsleiter waren. Anfang 1924 wurden größere Mengen Waffen von Berlin nach Königsberg gebracht, die zu kommunistischen Umtrieben verwendet werden sollten. Bei den Angeklagten wurden mehrere Schußwaffen beschlagnahmt. Die Verhandlung wird mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Ein neuer Kreditskandalprozeß

Am 23. November beginnt vor dem großen Schöffengericht in Waldenburg der Prozeß gegen den ehemaligen Direktor der Waldenburger Stadtbank Rühle und den Prokuristen Schröter, denen die Verantwortung für den aufsehenerregenden Verlust der Waldenburger Stadtbank in Höhe von 1,5 Millionen Mark zukommt. Die Angeklagten hatten im Frühjahr 1924 ohne die Genehmigung des Verwaltungsrates große Kredite aufgenommen, die von Rühle größtenteils der Wirtschaftsbank Bayern in München, deren Aufsichtsrat Rühle war, und zu einem kleineren Teil der Industriebank Düsseldorf als Kredit zur Verfügung gestellt wurden. Durch den Zusammenbruch der Wirtschaftsbank kam die Waldenburger Stadtbank in Schwierigkeiten, und trotz verschiedener Verschleierungsversuche der jetzigen Angeklagten war der Zusammenbruch nicht mehr aufzuhalten. Auch große persönliche Geschäfte sollen von den Angeklagten mit den Geldern der Stadtbank vorgenommen worden sein. Bei der dem Zusammenbruch folgenden Untersuchung stellte sich heraus, daß auch der Waldenburger Oberbürgermeister Dr. Erdmann als Vorsitzender des Verwaltungsrates an den Unregelmäßigkeiten beteiligt war. Die Staatsanwaltschaft dehnte daher auch auf ihn die Klage aus.

Geteilte Zustimmung der Länder

Der Kabinettsrat am Donnerstag hat den beiden Gesetzentwürfen zugestimmt, die Zustimmung des Reichstages zu der Unterzeichnung der Locarno-Verträge und zur Anmeldung in den Völkerbund nachsuchen.

Die Stimmung der Ministerpräsidenten der Länder war, wie man hört, nicht allzu einheitlich. Besonders wiesen verschiedene Ländervertreter vorwurfsvoll darauf hin, daß die Rückwirkungen vielberechtigte Wünsche wegen der Besatzungsfristen und der Abstimmung im Saargebiet unerfüllt ließen. Vom Reichsaußenminister wurde darauf erwidert, daß unsere Unterhändler diese Punkte dauernd im Auge behalten würden, und daß überhaupt Locarno nicht das Ende, sondern der Anfang einer neuen politischen Entwicklung bedeute. Im übrigen ist, da die Konferenz der Ministerpräsidenten eine in der Verfassung nicht vorgesehene Instanz ist, ihr Votum auf das weitere Schicksal des Paktes ohne direkte Wirkung.

Es steht jedenfalls fest, daß in dem amtlichen Bericht über die Konferenz der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder mit der Reichsregierung die Formel von der „einmütigen Zustimmung" fehlt. Wie ein Berliner Blatt erfahren haben will, handelt es sich um die Stimme eines Ministerpräsidenten, der der auswärtigen Politik der Reichsregierung nicht zugestimmt habe, und zwar wohl des mecklenburgischen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Brandenstein. Ein anderes Blatt berichtet, daß nur die auswärtige Politik Gegenstand der Konferenz gewesen sei, während die innerpolitischen Fragen, so die Umorganisierung der Polizei, für eine noch einzuberufende Konferenz der Innenminister der Länder zurückgestellt worden seien.

Ostmarken-Kundgebung

Der Deutsche Ostmarken-Verein bittet uns um Veröffentlichung einer Kundgebung, der wir folgendes entnehmen:

Sieben Jahre rücksichtslosen Kampfes und der Willkür der polnischen Regierung gegen die deutschen Minderheiten drohen alles zu vernichten, was deutsch heißt und Deutschen gehört. Offen kann sich der Pole jeder Gewalttätigkeit gegen unsere deutschen Brüder und Schwestern rühmen, unerbittlich verweist er die deutschen Angesessenen von ihrer Scholle, gegen jedes Recht knechtet er Schule und Kirche, Presse und Beruf.

Der Deutsche Ostmarken-Verein nimmt den Kampf gegen dieses System entschlossen auf. Er verlangt strengste Innehaltung des Minderheitenvertrages durch die polnische Regierung, vor allen Dingen Schutz dieser Minderheiten gegen Gewalttätigkeiten und Anfeindungen; er fordert den guten Willen der polnischen Regierung, die Deutschen als gleichgestellte Mitbürger zu behandeln. Solange dieser Geist der Gerechtigkeit nicht die polnische Regierung beherrscht, wird die Lage nicht anders.

Wer uns bei Erreichung unseres Zieles helfen will, wer den deutschen Namen wieder zu Ehren bringen, wer unsere Brüder und Schwestern jenseits der Grenzen schützen und deutsche Kultur daselbst erhalten will, der werde Mitglied des alten, auf Anregung des unvergeßlichen Fürsten Bismarck gegründeten Deutschen Ostmarken-Vereins!

*

In einer Kundgebung der deutsch-jüdischen Studenten gegen die völkische Verhetzung, die am Sonntag in Berlin stattfand, wurde von einem studentischen Redner ausgeführt, daß die in der Vorkriegszeit zwar gegnerische, aber durchaus ritterliche Stellung gegenüber den jüdischen Kommilitonen einer schmachvollen Verhöhnung und Aechtung in der Nachkriegszeit gewichen sei. Die bewußte Zurücksetzung und Beleidigung der jüdischen Studenten bei öffentlichen Anlässen seien eine Folge der Weinherrschaft der völkischen Korporationen in der deutschen Studentenschaft. Das deutsche Volk dürfe diese Ereignisse nicht stillschweigend übergehen. Nicht die Frage der Gleichberechtigung der deutschen Studenten jüdischen Glaubens, sondern vor allem die Sabotage der Grundsätze der Verfassung durch die völkisch-antisemitischen Korporationen und die verhängnisvolle politische Betätigung der scheinbar unpolitischen Hochschulringes erheischten mit gebieterischer Notwendigkeit die Aufmerksamkeit aller ehrlichen Vaterlandsfreunde.

In einem Schlußwort brachte Dr. Holländer zum Ausdruck, die Gebote der Menschlichkeit und Nächstenliebe nicht nur im Munde zu führen, sondern auch in die Tat umzusetzen. Recht und Sittlichkeit würden dem Wiederaufstieg unseres Volkes die Wege ebnen.

Ein Soldaten-Selbstmord in Großenhain.

In Großenhain hat sich ein Soldat vom Reiterregiment Nr. 12 erschossen. Ueber die Ursache waren Mitteilungen nicht zu erlangen.

Letzte Nachrichten

Skrzynski macht einen dritten Versuch

Warschau, 20. November.

Die polnische Regierungskrise scheint endlich einer Lösung nahe zu kommen. Heute früh um 8 Uhr hat Skrzynski zum dritten Male den Auftrag zur Kabinettsbildung übernommen und glaubt, eine Ministerliste noch heute fertigstellen zu können. Skrzynski hatte gegen Mitternacht seinen Versuch zur Bildung eines Fachkabinetts aufgegeben und erklärt, angesichts der schweren Situation des Staates könne er die Verantwortung für ein Beamtenkabinett nicht übernehmen, sondern halte ein parlamentarisches Kabinett für notwendig. In dieser Nachtstunde lehnte denn auch der jetzige stellvertretende Ministerpräsident Raczkiewicz den Auftrag zur Bildung eines Beamtenkabinetts ab.

Im Sejm begann darauf eine neue Besprechung, derzufolge Skrzynski am frühen Morgen vom Staatspräsidenten den Auftrag zur Bildung eines parlamentarischen Kabinetts erbat, dem auch einige Nichtparlamentarier (darunter Skrzynski selbst) angehören sollen. Für diese Kombination haben sich von den Rechtsparteien die Nationaldemokraten und die Korfanty-Partei, von der Mitte die Witospartei (Bauernpartei) und die nationalen Arbeiter, von der Linken die sozialistische Partei erklärt. Auch ist es gelungen, endlich die Sikorskifrage auszuschalten. Die Parteien haben beschlossen, die Besetzung des Kriegsministeriums nicht zu besprechen, sondern sie dem Staatspräsidenten zu überlassen, dem Skrzynski Vorschläge machen soll. Es kann als sicher gelten, daß Sikorski unter diesen Umständen nicht Kriegsminister bleibt.

Für die Kompromißbereitschaft der Parteien, wie sie sich jetzt trotz aller Gegensätze im Kabinett Skrzynski zusammenfinden wollen, ist sicher auch der Gedanke maßgebend gewesen, daß ein Kabinett Skrzynski im Auslande einen großen Eindruck machen und sozusagen als Sieg des Geistes von Locarno in Polen aufgefaßt werden kann. Wenn Skrzynski, der kommenden Mittwoch über Berlin und Paris nach London reisen wird, dort als Kabinettschef erscheint, verspricht man sich davon günstige politische Wirkungen und gute Aussichten für die Anleiheverhandlungen. Die Rechtsparteien haben offenbar aus diesen Erwägungen heraus ihre noch gestern bekanntgegebenen Bedenken gegen ein Kabinett Skrzynski zurückgestellt.

Die Entdeutschungspolitik in Südslawien und Italien

Wien, 20. November.

In der von den großdeutschen Abgeordneten Grailer und Genossen an den Außenminister gerichteten Anfrage wegen der in Südslawien und in Italien betriebenen Politik einer gewaltsamen Entdeutschung und Hetze gegen die deutschen Lebensinteressen heißt es: „Die sich immer wiederholenden deutschfeindlichen Vorkommnisse in den beiden Nachbarstaaten zeigen, daß es sich nicht um zufällige Handlungen, sondern um eine planmäßige und gewissenlose Ausrottungspolitik gegen alles Deutsche handelt. Die Volksnot der deutschen Minderheiten ist auf ein unerträgliches Maß gestiegen. Trotz des völkerrechtlich garantierten Minderheitenschutzes führen die Deutschen in Südslawien ein Leben nationaler, kultureller, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Knechtung und Enterbung. Die von der italienischen Regierung geförderte und finanzierte faschistische Politik grausamster Verfolgung und Knechtung der Deutschen Südtirols unterscheidet sich nur dem Umfange, aber nicht ihrem Wesen nach von jener Südslawiens." — In der Anfrage heißt es weiter: „Dieser unsagbaren Not, die auf den deutschen Minderheiten Italiens und Südslawiens lastet, kann und darf das stammesgleiche Oesterreich und seine jeweilige Regierung nicht untätig zusehen." Die Interpellanten stellen schließlich an den Außenminister die Anfrage, ob er das entsetzliche Los der deutschen Minderheiten auf der nächsten Völkerbundstagung nachdrücklich klarzulegen und vom Völkerbund die Erfüllung des ihm anvertrauten Auftrages des Schutzes der Rechte und der Freiheiten der deutschen Minderheiten zu verlangen gewillt sei.

Die „Prawda" zur Rede Chamberlains

Moskau, 20. November.

In einem Leitartikel der „Prawda" wird es begrüßt, daß Chamberlain im Unterhaus die Legende der westeuropäischen Presse über ein angebliches Schwanken der Sowjetunion in ihrer grundsätzlich negativen Einstellung zum Völkerbund zerstört habe. Gegenüber der Erklärung Chamberlains, daß das feindselige Verhalten der Sowjetunion gegenüber der Gesellschaftsordnung der übrigen Staaten die Anknüpfung geregelter Beziehungen zu Rußland verhindere, weist das Blatt darauf hin, daß die grundsätzlich ablehnende Haltung der Sowjetunion gegenüber der bürgerlichen Ordnung sie keineswegs daran hindern könne, normale politische und wirtschaftliche Beziehungen zu den übrigen Staaten herzustellen. Daß dies gegenüber England noch nicht der Fall ist, daran sei nicht die Sowjetregierung schuld, die wiederholte Verständigungsversuche unternommen habe, sondern lediglich die englische Regierung, die einer Verständigung ausweiche.

Jouvenel über Syrien

London, 20. November.

Henri de Jouvenel, der neue französische Oberkommissar für Syrien, kam am Donnerstag in London an und hatte eine eineinhalbstündige Unterredung mit Chamberlain und dem Kolonialsekretär Amery. Nach der offiziellen Verlautbarung bedeutete das Gespräch einen Gedankenaustausch über gewisse Fragen von gemeinsamem Interesse: über Syrien, Mesopotamien und Palästina und besonders über die Grenzführung zwischen den Mandatsgebieten der beiden Mächte, die bisher noch nicht festgelegt worden ist. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" teilt ferner, offenbar auf Grund persönlicher Informationen bei de Jouvenel, mit, daß dieser die Absicht geäußert habe, sich binnen kurzem nach Angora zu begeben, um dort die gleichfalls ungelöste Frage der Festlegung der türkisch-syrischen Grenzen zu besprechen. In Verbindung hiermit wird ferner die unerfreuliche Lage besprochen werden, die dadurch geschaffen ist, daß die Eisenbahn von Aleppo nach Nisibin im Zickzack durch französisches Mandatsgebiet in türkisches Gebiet führt und den Türken für Truppentransporte freisteht. Jouvenel wolle in dieser Hinsicht eine Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich herbeiführen, um, wenn möglich, eine gütliche Vereinbarung mit der Türkei zu erzielen. Auf diese Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich legt Jouvenel großen Wert auch innerhalb des Völkerbundes. Jouvenel habe aber daran keinen Zweifel gelassen, daß er nicht die Entwicklung und den Ausbau der französischen Mandatsherrschaft in Syrien besprochen hat oder zu besprechen gewillt ist, da dies eine Sache sei, die nur Frankreich angehe. Jouvenel sagte, er werde Gewalt gebrauchen, um die französische Autorität aufrechtzuerhalten und die Ordnung herzustellen, daß er aber stets die friedliche Methode der Verhandlungen vorziehen werde. Unter der Voraussetzung einer baldigen Rückkehr normaler Zustände würden die vier Gliedstaaten Syriens in ihre Freiheit wieder eingesetzt und sich des größtmöglichen Grades von Selbstbestimmung erfreuen können. Selbst die Drusen würden, wenn sie sich dessen würdig zeigen, ebenfalls einen souveränen Drusenstaat bilden dürfen. — Jouvenel kehrte Freitag morgen nach Paris zurück.

Die Umgemeindung im Ruhrgebiet

Berlin, 20. November.

Der Gemeindeausschuß des Preußischen Landtages hielt am Donnerstag abend eine Vorbesprechung über den Gesetzentwurf ab, der die Umgemeindung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk betrifft. Der Ausschuß beschloß, zunächst eine Besichtigungsreise in den Industriebezirk vorzunehmen und erst nach dieser in die materielle Beratung der Vorlage einzutreten.

Schutz der lebenswichtigen Betriebe in England

London, 20. November.

Im Unterhause erklärte der Minister des Innern Johnson Hicks, mehrere Jahre hindurch habe unter den aufeinanderfolgenden Regierungen eine Organisation zur Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Dienste für die Zeit nationaler Notlage bestanden. Vor kurzem seien Schritte getan worden, um diese Organisation neu zu gestalten und zu vervollkommnen. Die Nation sei berechtigt, zu erfahren, was die Regierung in dieser Hinsicht tue. In wenigen Tagen werde eine Erklärung hierüber erfolgen.

Rennen zu Auteuil

19. November.

1. R.: 1. P. Loines Laboureur (J. B. Lassus), 2. Grisouille (A. Cerez), 3. Fanatique (P. Michel). — Ferner: [illegible] Marie, Juſſo, Calcutta, [illegible]. — Toto: 36; 12, 17, 13. — PR.: 23; 11, 15, 12.

2. R.: 1. L. Roberts Dance (A. Caron), 2. Guerrier (P. Riolfo), 3. Eider (G. [illegible]). — Ferner: Spectateur, Duc Coeur, Kara Son, Agram, Boranville, The Creole, Limoeb. — Toto: 226; 28, 15, 15. — PR.: 100; 25, 16, 14.

3. R.: 1. E. Hoffmanns Old Life (Ch. Haes), 2. [illegible] (P. Herve), 3. Folle Paulet (L. Barre). — Ferner: Saint Jean, Carolles (ausgebr.). — Toto: 30; 15, 11. — PR.: 27; 14, 10.

4. R.: 1. A. Kahns Bolbubar (L. Delfarguiel), 2. Rasali (L. Barre), 3. Perlier (P. Herve). — Ferner: [illegible] 2, Bourgogne, Farguiette (ausgebr.). — Toto: 18; 13, 21. — PR.: 16; 12, 19.

5. R.: 1. E. de Chateleperrons Calabor (A. Haab), 2. Carot (Ch. Haes), 3. [illegible] (P. Riolfo). — Ferner: [illegible], Colis 2, Carbes, Saint Cyprien. — Toto: 109; 30, 15. — PR.: 28; 23, 16.

6. R.: 1. [illegible] de Juniliacs Rhobopa (E. Kolley), 2. Epalie (L. Delfarguiel), 3. Chateau Margaux (P. Riolfo). — Ferner: Pistel, Flush, Bocal 2, Sahara, Ramadan, Pickenilles Legend. — Toto: 32; 14, 20, 24. — PR.: 20; 13, 15, 22.

Die vorliegende Ausgabe umfaßt 14 Seiten

Chefredakteur: [illegible]
Verantwortlich für den Text: Richard Lehmann, Leipzig.
Verantwortlich für Inserate: Erich Meyer, Leipzig.

SLUB Wir führen Wissen.